

## "Keine Macht den Räten" in Süddeutsche Zeitung (6. April 2001)

**Quelle:** Süddeutsche Zeitung. 06.04.2001. München.

**Urheberrecht:** (c) Süddeutsche Zeitung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"keine\\_macht\\_den\\_ratén"\\_in\\_suddeutsche\\_zeitung\\_6\\_april\\_2001-de-9829eea8-f3c5-4940-96d1-9ebb3e7b9da8.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Keine Macht den Räten

VON STEFAN ULRICH

Man stelle sich vor, die Europäische Union wollte bei sich selbst Mitglied werden: Erweiterungskommissar Günter Verheugen zieht die Kopenhagener Kriterien hervor, an denen alle Bewerber gemessen werden. Er nickt wohlgefällig beim Thema Marktwirtschaft, bei der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und beim Schutz der Menschenrechte. Beim Stichpunkt Demokratie aber schüttelt er den Kopf und schreibt "Ungenügend" auf das Antragsblatt.

Das nach außen so selbstgerechte Europa wird sich selbst nicht gerecht. Dies ist der Quell des Misstrauens der Bürger. Bundespräsident Johannes Rau hat es gerade vor dem Europaparlament auf den Punkt gebracht. Er sprach von den Sorgen der Menschen über ihren geringen Einfluss auf das Einigungswerk. Und er forderte, die Europäische Union zu einer parlamentarischen Demokratie umzubauen. Doch dies ist mit der heutigen Reformmethode – der Regierungskonferenz – kaum zu schaffen. Eine EU als Beitrittskandidat würde wohl noch weit hinter der Türkei rangieren müssen.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten könnten nun einwenden, sie hätten die Union doch immer demokratischer gemacht. Das Europaparlament habe mehr und mehr Rechte erhalten und sei in vielen Bereichen zum Mitgesetzgeber aufgewertet worden. Auch gäbe es einen Gerichtshof in Luxemburg, der über die Einhaltung der Gesetze wache. All das ist richtig, und ändert doch nichts daran, dass Europa nicht wirklich demokratisch ist. Um dies zu beweisen, muss man nur die Machtfrage stellen: Die Fundamente der Union werden immer noch von den Räten der Staats- und Regierungschefs gebaut. Sie gestalten in nächtlichen Geheimsitzungen die Grundverträge der Gemeinschaft und entscheiden so, wer in Europa was zu sagen hat. Kompetenz-Kompetenz nennen das die Juristen. Faktisch bedeutet dies: Alle Macht liegt bei der Exekutive. Anderswo nennt man so etwas Diktatur.

Zugegeben: Die Parlamente der Mitgliedstaaten müssen die europäischen Grundverträge ratifizieren. Doch dies ändert kaum etwas an den Kräfteverhältnissen. Denn zum einen können die Abgeordneten nur ja oder nein zum Ergebnis der Gipfeltreffen sagen; sie haben keinen Einfluss auf deren Inhalt. Zum anderen stehen sie unter einem gewaltigen politischen Druck, die mühselig ausgehandelten Kompromisse nicht scheitern zu lassen. Gerade jetzt, nach Nizza, wird dies überdeutlich: Aus den Regierungszentralen heißt es mahnend, die Volksvertreter sollten sich bloß nicht quer legen und die ganze Osterweiterung aufs Spiel setzen.

Dennoch schlägt in Europa gerade die Stunde der Parlamente – der nationalen und des europäischen. Sie können, wenn sie nur wollen, den Schwarzen Peter an die Regierungen zurückgeben. Hierzu müssten die Parlamente bloß ein Junktim herstellen: Der klägliche Vertrag von Nizza darf passieren; im Gegenzug müssen die Regierungen ein Stück ihrer Kompetenz-Kompetenz abgeben. Das Verfahren, mit dem die EU ihre Grundverträge erarbeitet, wird geändert. Die Schlüsselstellung bekommt ein Konvent, in dem nationale und europäische Abgeordnete in der klaren Mehrheit gegenüber den Regierungsvertretern sind.

Der Konvent könnte öffentlich unter Beteiligung der Bürger einen Vertragsentwurf erarbeiten, der den Staats- und Regierungschefs zur Gipfelkonferenz unterbreitet wird. Diese hätten wie bisher das letzte Wort, stünden aber unter dem Druck, das demokratisch legitimierte Reformpaket nicht an nationaler Macht-Krämerei à la Nizza scheitern zu lassen. In der Praxis würde durch den Konvent ein Stück Macht von der Exekutive an die Legislative wandern. Und dies wäre ein Stück Fortschritt für Europa.

Zudem verspricht die Konventsmethode gute Ergebnisse. Ein Beispiel ist die Grundrechtecharta. Sie wurde von Vertretern der nationalen Parlamente, des Europaparlaments, der Regierungen und der Kommission in aller Öffentlichkeit erarbeitet. Trotz extrem unterschiedlicher Ausgangspositionen konnten sich die Delegierten des Konvents auf eine detaillierte Charta einigen, die allgemein gelobt wird. Nationale und ideologische Differenzen wurden besser ausgeglichen als in den Räten der Regierungen. Ein solcher Konvent könnte auch den so genannten Post-Nizza-Prozess bis 2004 zum Erfolg führen. Dabei geht es um nicht weniger als eine europäische Verfassung, die nötig ist, wenn das sich erweiternde Europa nicht aus der Façon geraten soll.

Europäische Verfassungsfragen dürfen nicht allein der Exekutive überlassen werden, diese Überzeugung gewinnt nicht nur im Europaparlament an Boden. So haben sich diese Woche Bundespräsident Rau und der EU-Ausschuss des Bundestages für das Konventsmodell ausgesprochen. Selbst einige Regierungen hatten sich unter dem Eindruck von Nizza kompromissbereit gezeigt. Sie schienen mehr Demokratie wagen zu wollen. Nun aber ziehen sie sich auf alte Machtpositionen zurück. So wird ein „Rat der Weisen“ ins Spiel gebracht, dessen Empfehlungen in die Regierungskonferenz eingespeist werden könnten. Die Parlamentarier aller EU-Länder sollten sich darauf nicht einlassen. Sie müssen den Aufstand der Parlamente proben und auf einem Reform-Konvent bestehen, um die Entwicklung Europas endlich mitgestalten zu können.